

[KON]TEXTANALYSE #1

Klimadebatte in Österreich: Zwischen Apellen und Verschleppung

KLIMADISKURS-MONITORING 2023

Statements des wissenschaftlichen Beirats von KONTEXT

„Wie darüber diskutiert und berichtet wird, spielt eine entscheidende Rolle für die Auseinandersetzung mit der Klimakrise. Der Blick auf die öffentliche Debatte ermöglicht, zentrale Dynamiken zu verstehen und verborgene Strategien wie die Verschleppung von Maßnahmen und Entscheidungen aufzudecken. Nur eine genaue Untersuchung der Argumente und ihrer Akteur:innen bringt die notwendige Orientierung, um die Diskussion auf konstruktive Wege zu lenken.“

„Zwar wird die Klimakrise deutlich seltener geleugnet, die Verschleppung von Klimaschutzmaßnahmen ist jedoch ebenso gefährlich. Sie zögert die dringend benötigte Veränderung hinaus, während unser zeitlicher Handlungsspielraum immer enger wird. Noch dazu ist Verschleppung deutlich schwieriger zu erkennen. Es erfordert Kontextwissen, um dagegen vorzugehen und effektive Maßnahmen zur Eindämmung der Klimakrise zu fördern.“

„Mit Verschleppungstaktiken im Klimaschutz konfrontiert zu sein, verursacht Frustration und Ohnmacht. Außerdem entsteht der Trugschluss, dass die Faktenlage zu spezifischen Themen noch unklar wäre. Statt konkreter Lösungsansätze stehen wir Strategien gegenüber, die verschleiern, wo zukunftsfreundliche Handlungen fehlen und wie dringend es sie braucht, um der Klimakrise zeitgerecht entgegenwirken. Verschleppungstaktiken wiegen die Bevölkerung also in falscher Sicherheit und polarisieren. Um gemeinsam für eine nachhaltige, lebenswerte Zukunft einzustehen, gilt es, Verschleppungsstrategien aufzuzeigen und entschlossen entgegenzutreten.“



© Pamela Rußmann

Hendrik Theine

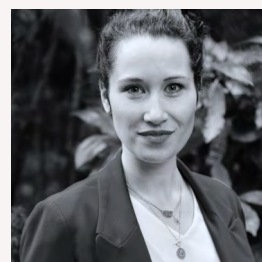
Wirtschaftsuniversität Wien,
Medienökonomie, politische Ökonomie
& ökologische Ökonomie



© Uni Graz/Tzivanopoulos

Thomas Bruderermann

Universität Graz,
Nachhaltigkeitsforschung
& Klimapsychologie



© Alex Gotter

Isabella Uhl-Hädicke

Universität Salzburg,
Umweltpsychologie

Inhaltsverzeichnis

Statements des wissenschaftlichen Beirats von KONTEXT	2
1. Einleitung	4
2. Methodik	6
3. Ergebnisse	7
3.1. Verschleppung statt Leugnung	7
3.2. Die häufigsten diskursiven Strategien im Detail	7
3.3. Zentrale Strategien und Akteur:innen im Verschleppungsdiskurs	9
3.3.1. Exkurs: E-Fuels – ein Musterbeispiel der Verschleppung von Klimaschutz	16
4. Diskussion & Fazit	17
5. Lösungsstrategien	20
6. Literaturverzeichnis	22
7. Anhang	24
7.1. Suchbegriffe	24
7.2. Codierregeln	24

1. Einleitung

In den letzten Jahren hat die mediale Berichterstattung über die Klimakrise stark zugenommen (Theine & Regen, 2023). In Österreich hat sich die Klimadebatte gleichzeitig zunehmend wegbewegt von einer rein klimawissenschaftlichen hin zu einer politischen Debatte, in der vor allem Klimaschutzmaßnahmen als politische Antworten auf die Klimakrise im Fokus stehen. Dabei findet sich jedoch nicht immer die Lösungsorientiertheit im Zentrum, sondern etwa auch Auseinandersetzungen zwischen den Regierungsparteien (Frühwald, 2023). Die wachsende mediale Aufmerksamkeit führt auch dazu, dass sich mittlerweile eine Vielzahl von Akteur:innen mit unterschiedlichen Interessen in den Klimadiskurs einbringen. Dadurch wird die Debatte zunehmend unübersichtlich.

Während die Leugnung des Klimawandels in der medialen Diskussion in den letzten Jahren zurückgegangen ist (Bohr, 2020; Stecula & Merkley, 2019), wird diese zunehmend durch Klimaschutz-Verschleppungstaktiken ersetzt (Center for Countering Digital Hate, 2024). Klimawandel-leugnung ist vor allem in den USA zu finden – in europäischen Ländern war sie nie weit verbreitet (Painter & Ashe, 2012). Die zunehmenden Strategien, mit denen Klimaschutzmaßnahmen verzögert werden, kategorisieren Lamb et al. (2020) als „Discourses of Climate Delay“, also Diskurse der Klimaschutzverschleppung ([siehe \[KON\]KLUSIO #1](#)). Diese leugnen nicht die Existenz der Klimakrise, sondern zögern vielmehr die notwendigen Veränderungen durch verschiedene Strategien hinaus. Lamb et al. (2020) unterscheiden dabei die folgenden vier Kategorien:

- Nachteile betonen: Im Zusammenhang mit Klimaschutzmaßnahmen werden ausschließlich Nachteile betont, oder Klimaschutz sogar als Gefahr dargestellt (z.B. in Bezug auf den Wirtschaftsstandort oder soziale Ausgeglichenheit), um Nichthandeln zu legitimieren.
- Am Verantwortungskarussell drehen: Die Verantwortung wird z. B. auf andere Ebenen der Politik oder andere Länder abgeschoben, oder zwischen Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft hin- und hergereicht und die Umsetzung damit vertagt.
- Scheinlösungen propagieren: Es werden Technologien in Bereichen propagiert, in denen sie ineffizient und teuer sind (Techniktrugbilder wie z.B. Grünes Gas in Heizungen, Wasserstoff im Auto), an klimaschädlichen Technologien (wie Gas) wird festgehalten, ordnungspolitische Maßnahmen werden pauschal abgelehnt, oder frühere Erfolge bzw. Zielsetzungen werden vorgeschoben, um nicht handeln zu müssen.
- Zum Aufgeben veranlassen: Die Klimakrise einzudämmen wird als unmöglich dargestellt.

Zu erkennen, wann und wo Klimaschutz verschleppt wird, ist jedoch oft deutlich schwieriger als die aktive Leugnung der Klimakrise zu identifizieren. Denn oft treten Verschleppungsargumente in einem vermeintlich konstruktiv formulierten Argument auf. Erst bei ausreichendem Kontextwissen und intensiverer Auseinandersetzung mit dem Argument zeigt sich, ob es sich tatsächlich um einen konstruktiven Beitrag handelt oder eigentlich am Verantwortungskarussell gedreht, eine Scheinlösung propagiert, auf Nachteile fokussiert oder gar zum Aufgeben veranlasst wird.

Das Ziel von Verschleppungstaktiken ist es, politische Entscheidungen und Maßnahmen hinauszuzögern oder auch zu verhindern, indem sie Ängste schüren, Zweifel streuen oder Fehlinformationen verbreiten. Damit haben sie auch reale Auswirkungen: Studien zeigen, dass Desinformation die Zustimmung der Bevölkerung zu klimapolitischen Maßnahmen sowie zur Klimawissenschaft negativ beeinflussen (Cook et al., 2017, 2018; Ranney & Clark, 2016; Taddicken & Wolff, 2023; Van Der Linden et al., 2017). Wenn die mediale Debatte mit Ängsten, Zweifeln oder sogar Fehlinformationen gefüttert wird, verändert dies den Rahmen, in dem Klimaschutz verhandelt wird. Denn Medien dienen der Gesellschaft als zentrale Räume, aus denen Handlungsoptionen für ein klimafreundliches Leben abgeleitet werden (Theine & Regen, 2023a). Eine KONTEXT Umfrage Ende 2023 bestätigt die zunehmende Polarisierung und Verunsicherung bei klimapolitischen Themen auch in Österreich (KONTEXT, 2024). Obwohl die Klimakrise den Menschen große Sorgen bereitet und sie sich Klimapolitik wünschen, gaben 84 Prozent der Befragten an, dass die Polarisierung in der Gesellschaft zunimmt und eine lösungsorientierte Debatte immer schwieriger wird.

Auf Basis der von Lamb et al. (2020) identifizierten Kategorien wurden bereits einige Medienanalysen durchgeführt. Painter et al. (2023) untersuchten die Fernsehberichterstattung rund um die Veröffentlichung des 6. Sachstandsberichts des Weltklimarates im Jahr 2021. Pringle & Robbins (2022) analysierten die mediale Berichterstattung und Parlamentsdebatten rund um den Gesetzesentwurf der Climate Action Bill – ein Klimaschutzgesetz zur Emissionsreduktion in Irland aus dem Jahr 2021.

Die von KONTEXT beauftragte Studie (FORESIGHT, 2024), die dieser Analyse zu Grunde liegt, arbeitet ebenfalls mit den Kategorien von Lamb et al. (2020) und gibt Aufschluss über den Klimadiskurs in österreichischen Medien im Jahr 2023. Die zentralen Forschungsfragen dieser Studie lauten:

1) Wie und von wem werden Klimaschutzmaßnahmen in Österreich verschleppt?

2) Wie und von wem wird in Österreich konstruktiv über Klimaschutz gesprochen?

Diese Analyse fasst die zentralen Erkenntnisse der von FORESIGHT (2024) im Auftrag von KONTEXT durchgeführten Studie zusammen. Die Ergebnisse bestätigen den Trend weg von der Leugnung des Klimawandels hin zu Verschleppungstaktiken, die dringende Entscheidungen und Maßnahmen zum Klimaschutz hinauszögern. Insbesondere zeigt die Analyse, dass es oftmals eine fachliche Einordnung benötigt, um solche Verschleppungstaktiken zu erkennen (*siehe Kapitel zu E-Fuels 3.3.1*). Insgesamt ist der klimapolitische Diskurs zwar durchaus konstruktiv, die Vorteile von Klimaschutz finden jedoch kaum Erwähnung. Es ist außerdem erkennbar, dass die Debatte rund um Klimathemen vor allem von Politiker:innen dominiert wird, wobei FPÖ und ÖVP überproportional häufig Verschleppungstaktiken anwenden. Im Gegensatz dazu halten Akteur:innen aus dem Aktivismus und der Zivilgesellschaft häufig konstruktiv dagegen. Thematisch dreht sich der klimapolitische Diskurs in Österreich vor allem um die Bereiche Energie und Mobilität. Konkrete Politikmaßnahmen, die 2023 viel Aufmerksamkeit erhalten haben, sind das Klimaschutzgesetz, der Green Deal und das Erneuerbaren-Wärme-Gesetz. Zwar werden immer häufiger konkrete Maßnahmen, statt der Klimakrise an sich diskutiert. Was jedoch im Zentrum der Debatte steht, wird oft überproportional verschleppt.



2. Methodik

Für die vorliegende Studie wurden klimapolitische Aussagen im Zeitraum von 01.01.2023 bis 31.12.2023 in österreichischen Medien herangezogen. Die repräsentative Stichprobe umfasst sowohl Artikel in Print- als auch Onlinemedien, sowie Radio- und Fernseh-Beiträge. Inkludiert wurden: derstandard.at, Kronen Zeitung, Die Presse und APA-Transkripte von Informationssendungen auf ORF 2, Ö3 und den neun ORF-Regionalradios. Leserbriefe und Advertorials wurden im Datensatz ausgeschlossen. Die Medien wurden so ausgewählt, dass Reichweite, unterschiedliche redaktionelle Ausrichtungen und Regionalität abgedeckt sind. Mithilfe von klimarelevanten Suchbegriffen (*Auflistung siehe Anhang*) wurde eine Grundgesamtheit von relevanten klimabezogenen Beiträgen generiert, aus der eine Zufallsstichprobe bestehend aus jedem 20. Medienbeitrag generiert wurde.

Das Klimadiskurs-Monitoring wurde auf Grundlage der Political Claims Analysis durchgeführt (Koopmans & Statham, 1999). Dabei bilden einzelne Claims – also klimapolitische Aussagen – die jeweilige Analyseeinheit. Es wurden ausschließlich verbale Claims mit einem klimapolitischen Bezug inkludiert – unabhängig davon, auf welcher politischen Ebene die Diskussion stattfindet

(kommunal, regional, national, Ausland, EU, international / global). Nicht Teil der Grundgesamtheit sind Artikel, die keine eindeutig klimapolitischen Aussagen enthalten. Insgesamt waren 379 Medienbeiträge mit 729 Aussagen Teil der Studie.

Der Datensatz wurde auf Basis von ausgewählten Codierregeln manuell codiert (*Übersicht siehe Anhang*). Dabei wurden folgende Kategorien analysiert: Medium, Thema, Akteur:in (der / die eine Aussage tätigt), Bezug zu Politikmaßnahme, geographische Ebene sowie die jeweilige diskursive Strategie. Letztere bilden den Fokus der Analyse. Jede Aussage wurde genau einer diskursiven Strategie zugeordnet.

Die theoretische Grundlage für die Einteilung in diskursive Strategien basiert auf den Kategorien der „Discourses of Climate Delay“ nach Lamb et al. (2020). Falls die Aussage nicht in der Kategorisierung von Lamb et al. (2020) zuordenbar war, wurden von FORESIGHT (2024) zusätzlich diskursive Strategien ergänzt (*siehe Tabelle 1*). Darüber hinaus wurden auch die positiven Gegenstücke zu den Verschleppungstaktiken in die Kategorisierung aufgenommen. Im Fall von mehreren diskursiven Strategien innerhalb einer Aussage wurde er der konkretesten Strategien zugeordnet (*siehe Zuordnungshierarchie im Anhang*).

Diskursive Strategien im Klimadiskurs

Verschleppungsdiskurs	Konstruktiver Diskurs
Nachteile betonen	Vorteile betonen
	Nachteile des Nicht-Handelns betonen
Am Verantwortungskarussell drehen	Verantwortung übernehmen
Scheinlösungen propagieren	Wirksame Lösungen fordern
Konkrete Policies: für weniger Klimaschutz plädieren	Konkrete Policies: für mehr Klimaschutz eintreten
Konkrete Policies: neutral	
Zum Aufgeben veranlassen	-
Klimaleugnung	-

Tabelle 1: Codierung der diskursiven Strategien nach Lamb et al. (2020), ergänzt durch FORESIGHT (2024)

3. Ergebnisse

3.1. Verschleppung statt Leugnung

Die Ergebnisse der Studie bestätigen den in der Literatur festgestellten Trend: Die klassische Klimawandelleugnung (Climate Denial) ist kaum präsent. Im gesamten Korpus wurden lediglich drei Klimaleugnungsargumente gefunden – alle stammen von der FPÖ. Das folgende Zitat zeigt exemplarisch eine der drei Aussagen:

Angesprochen von Anchorman Armin Wolf auf die Klimakrise, welche Maßnahmen die FPÖ im Falle einer Regierungsbeteiligung umsetzen würde, lieferte Hafenecker keine Antworten. Er wich aus, sprach von Ozonlöchern und anderen Naturphänomenen, die in der Vergangenheit als gefährlich bezeichnet wurden. „Alle paar Jahre finden wir einen Modus Operandi, um die Leute in Angst und Schrecken zu versetzen“, sagte er. (derstandard.at, 04.07.2023)

Wie diese Analyse bestätigt, werden anstelle von Klimaleugnung vorrangig Verschleppungstaktiken genutzt, um Klimaschutzmaßnahmen und die notwendige Transformation zu verzögern. Insgesamt wurde in 16 Prozent aller untersuchten Aussagen zumindest eine Verschleppungstaktik identifiziert. Im Gegensatz zu Leugnungsargumenten, ist Verschleppung im Diskurs deutlich schwieriger

zu erkennen. Denn Verschleppungsargumente werden häufig konstruktiv formuliert und benötigen fachliche Einordnung bzw. Kontextualisierung, um als Verschleppung enttarnt zu werden.

3.2. Die häufigsten diskursiven Strategien im Detail

Tabelle 2 zeigt die relativen Häufigkeiten der diskursiven Strategien in der österreichischen Klimadebatte des Jahres 2023. Sowohl im konstruktiven als auch im Verschleppungsdiskurs sind klare Trends erkennbar.

Über die Hälfte der konstruktiven Argumente betonen die Bedeutung von wirksamen Lösungen und verweisen in diesem Zusammenhang auf schnelleres Handeln und konkrete Maßnahmen in Sachen Klimaschutz. Lediglich in vier Prozent der Fälle werden die Vorteile von Klimaschutz hervorgehoben. Das positive Framing von Klimaschutzmaßnahmen und der Gewinn bzw. Nutzen, der daraus gezogen werden kann, findet also wenig bis keinen Raum. Verschleppt wird im Diskurs vor allem, indem Akteur:innen unspezifisch „für weniger Klimaschutz plädieren“, „Scheinlösungen propagieren“ und die „Nachteile von Klimaschutzmaßnahmen überbetonen“ (beispielsweise vermeintliche ökonomische oder soziale Kosten). Klimawandelleugnung sowie „zum Aufgeben veranlassen“ spielen kaum eine Rolle im Diskurs.

Verschleppungsdiskurs		Konstruktiver Diskurs	
Für weniger Klimaschutz plädieren	32 %	Wirksame Lösungen fordern	57 %
Scheinlösungen propagieren	28 %	Für mehr Klimaschutz eintreten	19 %
Nachteile betonen	26 %	Verantwortung übernehmen	13 %
Am Verantwortungskarussell drehen	10 %	Nachteile des Nicht-Handelns betonen	7 %
Klimaleugnung	3 %	Vorteile betonen	4 %
Zum Aufgeben veranlassen	1 %		

Tabelle 2: Relative Häufigkeiten der diskursiven Strategien nach Lamb et al. (2020) und FORSIGHT (2024) in der österreichischen Klimadebatte

Neben der Quantifizierung der Strategien, zeigen sich auch in der qualitativen Analyse einige Besonderheiten im Material. Werden „Nachteile betont“, dann stehen hauptsächlich Kosten für den Staatshaushalt sowie Nachteile für den Wirtschaftsstandort im Vordergrund. Es wird auch darauf hingewiesen, dass Klimaschutz eine Belastung für die Bevölkerung darstelle. Das folgende Zitat von Bundeskanzler Karl Nehammer (ÖVP) veranschaulicht, wie solche Argumente in der Praxis vorkommen:

Das ist mein Ziel und das muss auch ein Klimaschutzgesetz ausdrücken, dass Forschung, Innovation, da, wo Österreich wirklich gut ist, auch weiter möglich ist, und nicht uns im Wettbewerb dann abkapselt sozusagen von der Welt. Und am Ende des Tages, das gilt auch für die Europäische Union, wir dürfen nicht ein Freilichtmuseum werden für die Welt, um uns dann zu besuchen, wo dann plötzlich Deindustrialisierung stattfindet. Was heißt Deindustrialisierung? Dass die Industrie abwandert und damit Arbeitsplätze, aber auch Wohlstand gefährdet sind. (Karl Nehammer (ÖVP), ORF-Sommergespräch, 04.09.2023)

Wird am Verantwortungskarussell gedreht, verweisen Akteur:innen oft darauf, dass die Klimakrise ein globales Problem sei und andere mehr Verantwortung tragen würden als man selbst. Des Weiteren wird auf die Zielverfehlung anderer Länder hingewiesen oder die Vorreiterrolle Österreichs betont, wie auch das folgende Zitat zeigt:

Der zweite Punkt, die Klimaziele werden derzeit europaweit nicht erreicht. Wir haben es mit Teuerung, wir haben es mit Inflation zu tun, allerdings wir können für uns beanspruchen, dass wir die sind, die die Energieziele und die Reduktionsziele am besten noch erreichen werden. Das heißt, wir sind hier weit vorne, obwohl wir die Gesamtziele nicht erreichen, weil sie derzeit niemand erreichen

wird. (Stephan Pernkopf (ÖVP), Bundesland heute NÖ, 10.5.2023)

Scheinlösungen werden vor allem in Bezug auf die Energiewende in den Diskurs eingebracht. Der Umbau der Energieversorgung weg von Kohle, Öl und Gas hin zu erneuerbaren Energien wird als unmöglich und / oder zu teuer, ineffizient und ökonomisch unsinnig dargestellt. Beim Thema Mobilität wird unter dem Schlagwort „Technologieoffenheit“ mit Techniktrugbildern gegen gezielte Maßnahmen für klimafreundliche Mobilitätslösungen argumentiert (siehe Kapitel zu E-Fuels 3.3.1). Generell werden weniger Gesetze, Regulierungen und Vorschriften gefordert und stattdessen Subventionen als Lösung vorgeschlagen. Wirksame, strukturelle Lösungen für die Energie- und Mobilitätswende werden als unrealistisch dargestellt, stattdessen solle z. B. Carbon Capture and Storage (CCS) vorangetrieben werden.

Der konstruktive Diskurs dreht sich vor allem um konkrete Maßnahmen und mehr Tempo beim Klimaschutz, wie folgendes Beispiel veranschaulicht:

Noch konkreter wird Erwin Mayer, Sprecher des Bündnisses „Klimaneutral Salzburg“. Er fordert, dass das Klimaziel für das Jahr 2040 in einem Gesetz verankert wird. „Unternehmer und Haushalte brauchen Planungssicherheit für ihre Gebäude, das Heiz- und Kühlsystem, den Fuhrpark und andere klimarelevante Entscheidungen“, sagt Mayer. (Kronen Zeitung, 18.04.2023)

Dabei adressieren die Appelle häufig Politiker:innen in Regierungsverantwortung und verweisen auf eine Klimatransformation („Ende des Fossilzeitalters“). Es werden Maßnahmen in den Bereichen Energie, Mobilität, Ernährung / Landwirtschaft, Wohnen und Heizen, Sport (Skifahren, Formel 1), Tourismus und Bodenverbrauch gefordert. Die Vorteile des Klimaschutzes werden selten diskutiert, stattdessen stehen häufig die negativen Folgen des Nichthandelns im Vordergrund, wie auch in diesem Beispiel:

Nichtstun wird uns teuer zu stehen kommen. Wir können es uns nicht leisten, so untätig zu sein – der Preis dafür sind Menschenleben“, sagte Romanello laut einer Mitteilung. (Marina Romanello, University College London, derstandard.at, 15.11.2023)

Positive Aspekte, die im Zusammenhang mit Klimaschutz diskutiert werden, betonen die Vorteile für die Natur, die Gesundheit der Menschen und eine lebenswerte Zukunft. Das zeigt auch folgendes Zitat:

Ein nachhaltige Mobilitätswende hätte neben einer massiven Emissionsreduktion laut Laa viele andere positive Effekte: Etwa auf die Gesundheit der Menschen durch weniger Feinstaub, Luftverschmutzung und mehr Bewegung, aber auch soziale Ungleichheiten könnten damit reduziert werden, wenn Menschen auf kein Auto mehr angewiesen seien, dass sie sich vielleicht gar nicht leisten können. (Barbara Laa, Die Presse, 21.09.2023)

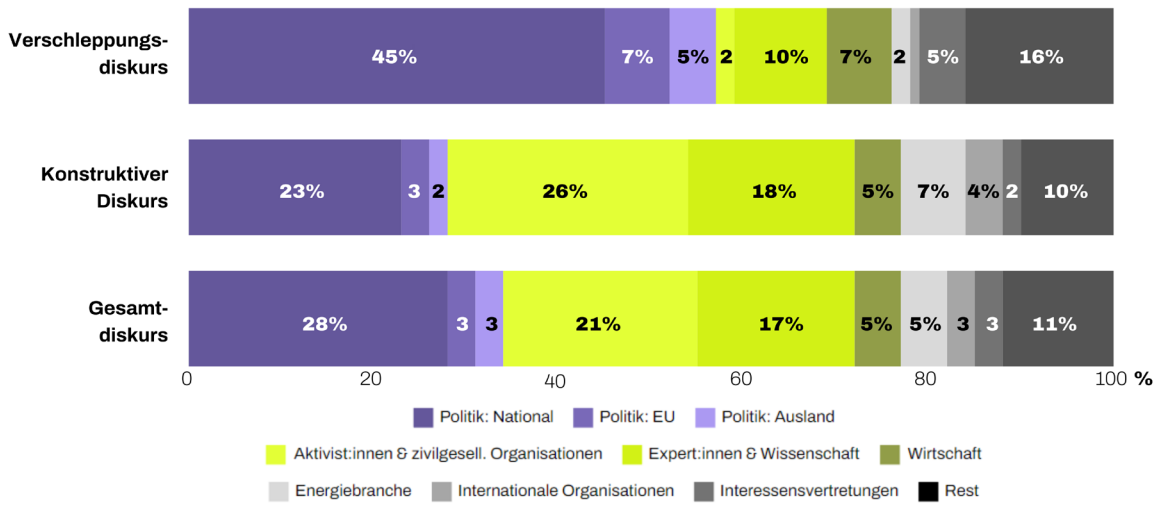
3.3. Zentrale Strategien und Akteur:innen im Verschleppungsdiskurs

Nachfolgend wird die klimapolitische Debatte in Österreich nach verschiedenen Kategorien analysiert, um den Klimadiskurs besser zu verstehen. Der Fokus liegt dabei auf Unterschieden zwischen relevanten Akteur:innen, politischen Parteien, Themengebieten, konkreten Politikmaßnahmen und der geografischen Ebene der Debatte. Die Analyse bezieht sich jeweils auf die im Datensatz enthaltenen Aussagen innerhalb dieser Kategorien. Aussagen, die als „neutral“ codiert sind, werden aufgrund ihrer kleinen Gesamtmenge und untergeordneten Relevanz in den folgenden Ergebniskapiteln nicht inkludiert.

a) Akteur:innen: Wer spricht wie über Klimapolitik?

Alle Aussagen im Datensatz sind (mindestens) einer Person oder Gruppe zugeordnet. So können Schlüsse daraus gezogen werden, welche Akteur:innen den Klimadiskurs in welche Richtung beeinflussen bzw. sich wie stark beteiligen.

Die Rolle verschiedener Akteur:innen im Klimadiskurs



Quelle: FORESIGHT (2024), Berechnungen KONTEXT, eigene Darstellung

Anmerkung: Kategorien angepasst durch KONTEXT. „Rest“ = Ex-Politiker:innen, Gaskommentator:innen, Landesumweltanwaltschaft & sonstige nicht anders zuordenbare Gruppen/Personen. Zivilgesell. Organisationen = NGOs, Think Tanks, usw. Stichprobe: n1 = 111, n2 = 529, n3 = 735

Grafik 1

Rund ein Drittel und damit der überwiegende Teil der Aussagen im **gesamten klimapolitischen Diskurs** kommt von Politiker:innen (siehe Grafik 1). Den bedeutendsten Anteil hat dabei die nationale Politik (28%). Die Gruppe, die am zweithäufigsten vertreten ist, sind Aktivist:innen und zivilgesellschaftliche Organisationen mit einem Fünftel (21%) der Aussagen, gefolgt von Expert:innen und Personen aus der Wissenschaft (17%). Personen aus der Politik, Zivilgesellschaft bzw. dem Aktivismus und der Wissenschaft tätigen also zusammen drei Viertel aller untersuchten Aussagen. Im Vergleich deutlich weniger stark, aber dennoch bemerkbar an der Debatte beteiligt sind Akteur:innen der Wirtschaft und der Energiebranche (jeweils 5%), sowie von Interessensvertretungen und internationalen Organisationen (jeweils 3%).

Eine genauere Betrachtung des **Verschleppungsdiskurses** zeigt, dass Politiker:innen im Vergleich zum gesamten Diskurs überproportional vertreten sind, während fast gar keine Aussagen von Aktivist:innen und zivilgesellschaftlichen Ak-

teur:innen gefunden wurden. Im Umkehrschluss bedeutet das: Vor allem (nationale) Politiker:innen nutzen Verschleppungstaktiken, um Klimaschutzmaßnahmen zu verzögern, während vorrangig (Klima-)Aktivist:innen und zivilgesellschaftliche Akteur:innen dagegenhalten (26% der Argumente im konstruktiven Diskurs). Letztere werden auch von Wissenschaft und Expert:innen gestützt, die im Verschleppungsdiskurs ebenfalls unterproportional häufig vertreten sind. Akteur:innen der Wirtschaft und von Interessensvertretungen beteiligen sich leicht verstärkt am Verschleppungsdiskurs im Vergleich zum Gesamtdiskurs.

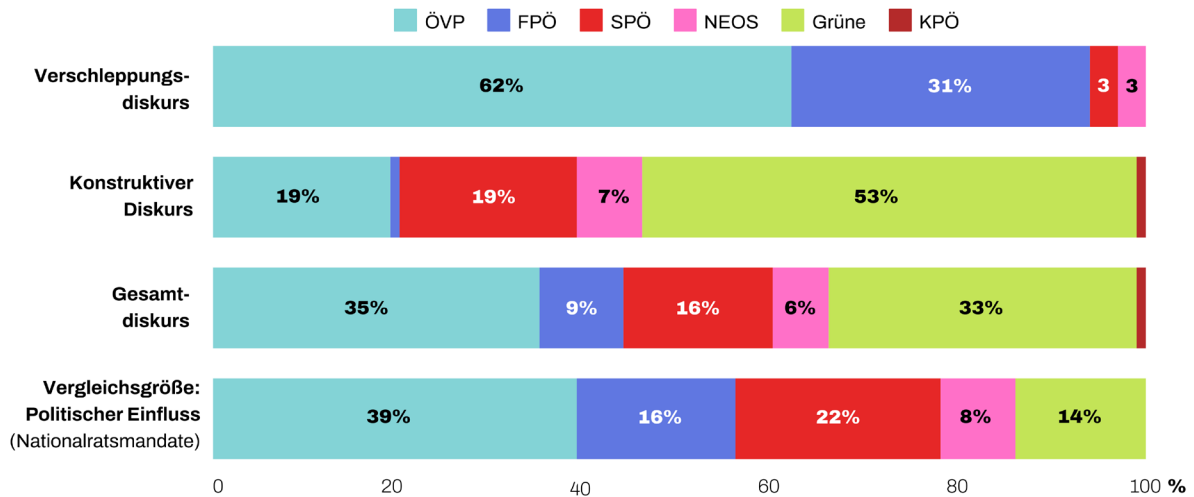
Im **konstruktiven Diskurs** bestätigen sich diese Beobachtungen: Politiker:innen beteiligen sich verhältnismäßig weniger an einer konstruktiven Klimadebatte und bremsen damit stärker, während sich Aktivist:innen und zivilgesellschaftliche Organisationen hier vermehrt einbringen. Akteur:innen aus der Energiebranche beteiligen sich im Vergleich zum Verschleppungsdiskurs ebenfalls (leicht) überproportional konstruktiv.

b) Parteien: Wie agieren politische Parteien in der Klimadebatte?

Insgesamt gibt es im Datensatz 230 Aussagen, die österreichischen Politiker:innen zugeordnet werden können. Innerhalb dieser Aussagen kommen jeweils rund ein Drittel von den derzeitigen Regierungsparteien ÖVP und Grüne (siehe Grafik 2). SPÖ, FPÖ und NEOS kommen deutlich weniger oft im **Gesamtdiskurs** zu Klimapolitik vor.

Auffällig ist hier, dass sich die Grünen im Vergleich zu ihrer politischen Repräsentation (gemessen an den Mandaten im Nationalrat) überproportional oft am Klimadiskurs beteiligen (33 % der Aussagen vs. 14 % der Nationalratsmandate). Alle anderen Parteien beteiligen sich unterproportional am Klimadiskurs (mit Ausnahme der KPÖ mit zwei Aussagen und keinem Mandat).

Wie Parteien Klimaschutz diskutieren



Quelle: FORESIGHT (2024), Berechnungen KONTEXT, eigene Darstellung.
Anmerkung: Stichprobe: n1 = 61, n2 = 124, n3 = 230

Grafik 2

Innerhalb des **Verschleppungsdiskurses** fallen zwei Parteien deutlich auf: 62 Prozent aller Aussagen, die Klimaschutz verschleppen, kommen von der ÖVP, weitere 31 Prozent von der FPÖ. Insgesamt lassen sich also 93 Prozent aller Aussagen von politischen Parteien im Verschleppungsdiskurs diesen zwei Parteien zuordnen. Sie verschleppen den Fortschritt bei Klimaschutzmaßnahmen damit merklich überproportional, sowohl im Vergleich zu ihrem politischen Einfluss als auch zum Gesamtdiskurs. Der Rest der Aussagen in der Stichprobe entfällt zu gleichen Teilen auf NEOS und SPÖ. Bei beiden ist der Anteil jedoch unterproportional zum Gesamtdiskurs bzw.

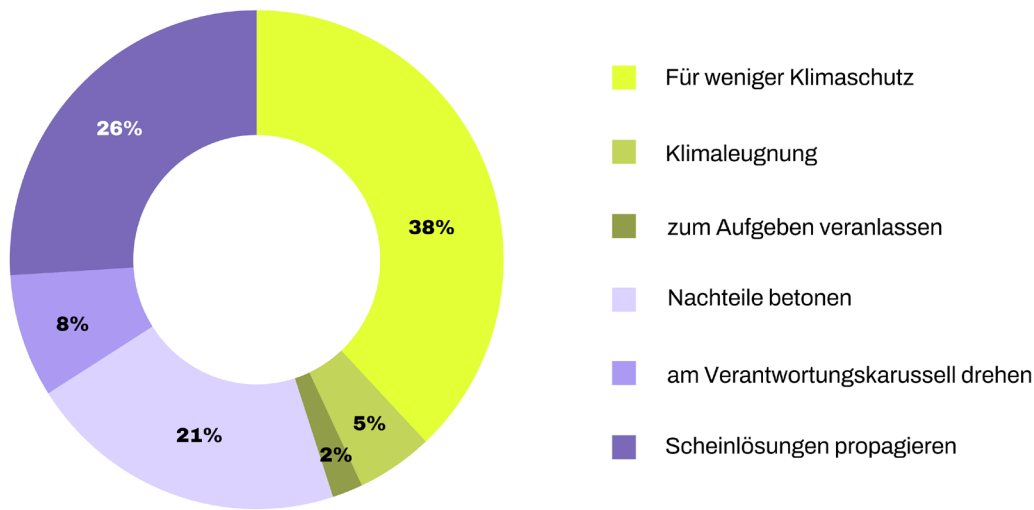
ihrer generellen politischen Repräsentation im Nationalrat.

Im **konstruktiven Diskurs** sind die Anteile anders verteilt. Mehr als die Hälfte aller konstruktiven Aussagen politischer Parteien kommen von den Grünen, ein Fünftel von der ÖVP. Letztere ist, gleich wie die FPÖ (mit weniger als einem Prozent bzw. absolut betrachtet einer konstruktiven Aussage) zu den genannten Vergleichsgrößen deutlich unterrepräsentiert. Die NEOS bringen sich hier etwas mehr bzw. fast gleich stark wie im Gesamtdiskurs ein und zeigen keine großen Abweichungen im Vergleich zu ihrem politischen

Einfluss, während die SPÖ leicht überproportional zum Gesamtdiskurs und unterrepräsentiert zur Anzahl ihrer Nationalratsmandate in der Stichprobe vorkommt. Da ÖVP und Grüne derzeit die Regierung stellen, ist für sie auch die Wahrscheinlichkeit höher, zu Wort zu kommen.

Ändert sich die Regierungszusammensetzung, könnte das natürlich Auswirkungen auf die Verteilung und Absolutzahl der konstruktiven Klimadebatte nach sich ziehen.

Mit welchen Strategien Parteien Klimaschutz verschleppen



Quelle: FORESIGHT (2024), Berechnungen KONTEXT, eigene Darstellung.
Anmerkung: Stichprobe: n = 61 (Achtung: kleine Stichprobe)

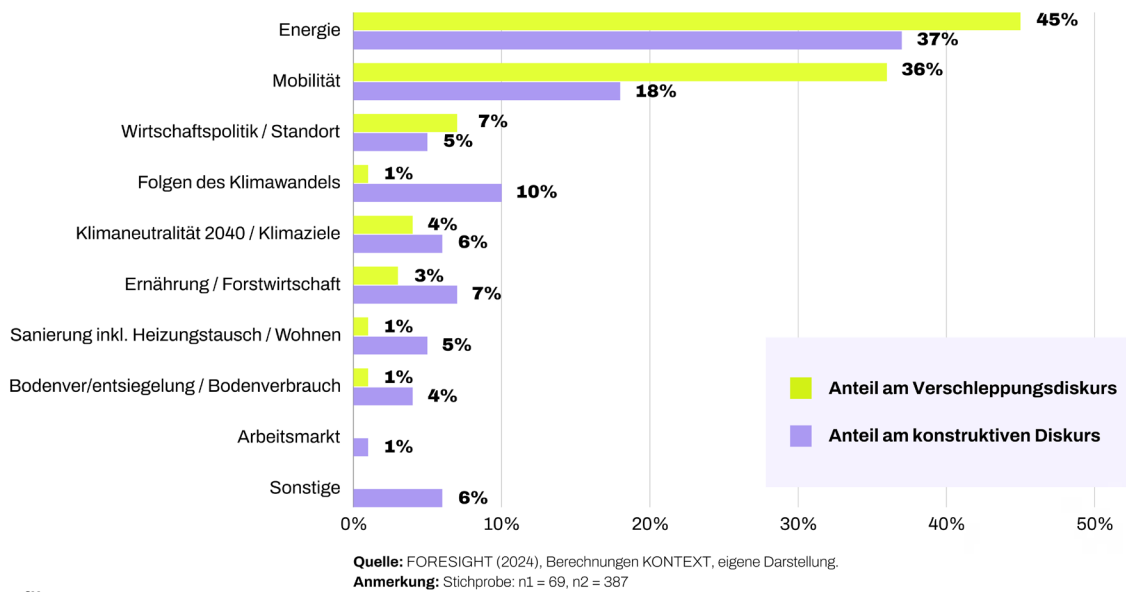
Grafik 3

Parteien verschleppen Klimaschutz vor allem dadurch, dass sie generell für weniger Klimaschutz plädieren oder Scheinlösungen propagieren (siehe Grafik 3). Rund zwei Drittel der Verschleppungsargumente beruhen auf einer dieser zwei Strategien. Das deckt sich mit der Verteilung der Verschleppungsstrategien innerhalb aller Akteursgruppen (siehe Tabelle 2). Bei genauer Betrachtung gibt es trotz kleiner Stichprobengröße jedoch Auffälligkeiten zwischen den Parteien, die hauptsächlich am Verschleppungsdiskurs beteiligt sind: Die ÖVP propagiert am häufigsten Scheinlösungen (14 von 38 Verschleppungsargumenten) – siehe dazu auch: Exkurskapitel über E-Fuels. Die FPÖ plädiert hingegen meist generell für weniger Klimaschutz (9 von 19 Verschleppungsargumenten). Alle Aussagen, die den Klimawandel leugnen, kommen ebenfalls von der FPÖ.

c) Themen: Welche Inhalte stehen im Mittelpunkt der Klimadebatte?

Neben verschiedenen Akteur:innengruppen konnten 514 aller 729 im Datensatz inkludierten Aussagen einem spezifischen Thema zugeordnet werden. Die Themen **Energie und Mobilität** standen im Jahr 2023 dabei eindeutig im Mittelpunkt der Klimadebatte. Zusammen machen sie rund 60 Prozent der Aussagen mit konkretem thematischem Bezug aus (siehe Grafik 4). Andere viel diskutierte Themen waren unter anderem: Wirtschaftspolitik und Standort, die Folgen des Klimawandels, Klimaziele / Klimaneutralität, sowie Ernährung und Forstwirtschaft.

Energie und Mobilität im Fokus der Klimadebatte



Grafik 4

Dementsprechend verteilt sind auch die Anteile am konstruktiven und Verschleppungsdiskurs der verschiedenen Themenfelder. Im Gesamtdiskurs haben 39 Prozent aller Aussagen einen Bezug zum Thema **Energie**. Im Vergleich dazu wird in diesem Bereich etwas stärker verschleppt (45 %), und etwas weniger häufig konstruktiv (37 %) argumentiert.

Verstärkt zeigt sich dieses Bild beim Thema **Mobilität**: Mehr als ein Drittel aller Aussagen innerhalb des Verschleppungsdiskurses beziehen sich auf die Mobilität. Der Anteil innerhalb des konstruktiven Diskurses ist mit 18 Prozent jedoch nur halb so groß. Das heißt, beim Thema Mobilität wird innerhalb der erhobenen Daten überproportional häufiger verschleppt als konstruktiv diskutiert wird.

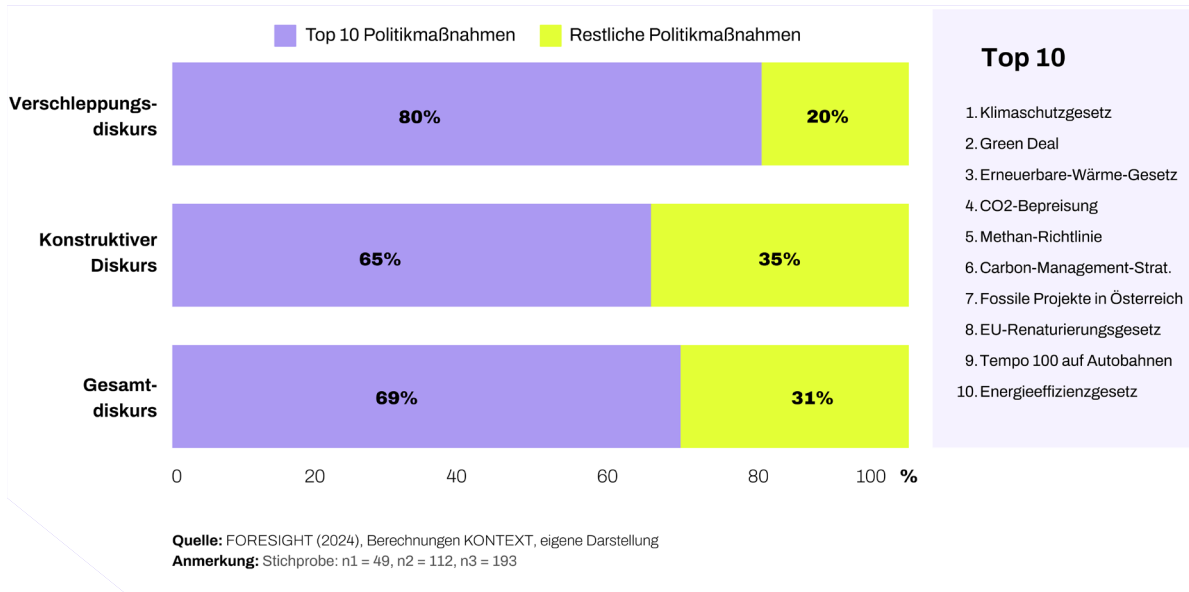
Die restlichen Themenbereiche (mit Ausnahme der Wirtschafts- und Standortpolitik) werden in der klimapolitischen Debatte häufiger konstruktiv diskutiert. Das liegt unter anderem daran, dass die beiden prägnantesten Themen, Energie und Mobilität, wie bereits erwähnt, den Großteil der verschleppenden Aussagen stellen (zusammen 81 %).

Im Verhältnis auffallend selten wird in der klimapolitischen Debatte hingegen über den **Arbeitsmarkt**, den **Bodenverbrauch** und das Thema **Sanierung und Heizkesseltausch** gesprochen.

d) Politikmaßnahmen: Über welche klimapolitischen Maßnahmen wird diskutiert?

Insgesamt 193 der untersuchten Aussagen weisen einen direkten Bezug zu einer politischen Maßnahme auf. Das bedeutet, eine Aussage bezieht sich auf ein bestimmtes Gesetz, politisches Projekt oder eine konkrete Klimaschutzmaßnahme. Die hohe Anzahl und Diversität der 38 besprochenen Maßnahmen deutet darauf hin, dass in Österreich über ein breites Spektrum an klimapolitischen Instrumenten diskutiert wird. Grafik 5 zeigt zehn der 38 am häufigsten diskutierten Maßnahmen, die insgesamt mehr als zwei Drittel (69 %) des Diskurses innerhalb der Aussagen mit konkretem Bezug zu einer Politikmaßnahme ausmachen.

Meistdiskutierte klimapolitische Maßnahmen



Grafik 5

Die am häufigsten diskutierte klimapolitische Maßnahme innerhalb der Stichprobe war im Jahr 2023 das Klimaschutzgesetz, gefolgt vom Green Deal der EU und dem Erneuerbaren-Wärme-Gesetz. Bei einem Drittel aller 193 Aussagen zu einer konkreten politischen Maßnahme wird über eine dieser drei gesprochen. Andere oft gefallene Maßnahmen waren unter anderen die CO2-Bepreisung oder die Methan-Richtlinie.

Innerhalb der verschleppenden Aussagen zeigt sich trotz kleiner Stichprobengröße ein klarer Trend: Bei den 10 meistdiskutierten klimapolitischen Maßnahmen innerhalb der Stichprobe wird überproportional häufig verschleppt. 80 Prozent aller verschleppenden Aussagen mit Bezug zu einer konkreten Politikmaßnahme beziehen sich auf eine der zehn Maßnahmen in Grafik 5. Innerhalb aller Aussagen mit Bezug zu einer konkreten Politikmaßnahme machen die Top 10 mit 69 Prozent jedoch einen merklich geringeren Anteil aus, innerhalb des konstruktiven Diskurses ebenso.

e) Ebene: Auf welche geografischen Ebenen bezieht sich der Diskurs?

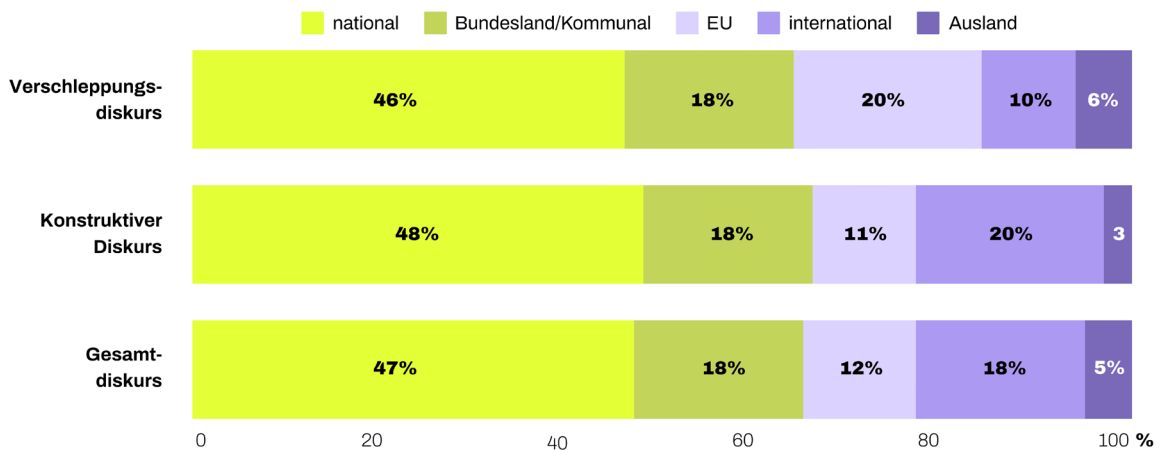
Bei 554 Aussagen wurde ein geografischer Bezug gefunden – es geht bei der Aussage also entweder konkret um nationale, internationale, bundeslandweite / kommunale, ausländische oder EU-weite Klimapolitik.

Knapp die Hälfte der Aussagen im klimapolitischen Diskurs beziehen sich auf die **nationale**, österreichische Ebene (siehe Grafik 6). Das ist naheliegend, da die Stichprobe aus österreichischen Medien stammt und den klimapolitischen Diskurs hierzulande abbildet, und es erklärt sich auch damit, dass nationale Politiker:innen die häufigste Gruppe unter den Akteur:innen in der Stichprobe darstellen. Weder im konstruktiven noch im Verschleppungsdiskurs ist der Bezug zur nationalen oder Bundesländer-Ebene überrepräsentiert.

Wird über Klimaschutz auf **internationaler** Ebene gesprochen, ist der Diskurs im Verhältnis deutlich weniger stark verschleppend.

Überproportional stark werden Verschleppungstaktiken im österreichischen Diskurs angewandt, wenn es um die **EU-Ebene** geht. Jede fünfte Aussage, die in den Verschleppungsdiskurs fällt, bezieht sich auf die Europäische Union. Im gesamten und konstruktiven Diskurs ist es nur etwa jede neunte bis zehnte Aussage. Es wird hierzulande also vor allem dann verschleppt, wenn es um jene Ebene geht, auf der das Regelwerk für viele (verpflichtende) Klimamaßnahmen in Österreich gelegt wird – nämlich um die EU-Ebene.

Geografischer Bezug der Klimadebatte



Quelle: FORESIGHT (2024), Berechnungen KONTEXT, eigene Darstellung
 Anmerkung: "Ausland": Aussage bezieht sich auf den Handlungsraum eines od. mehrerer anderer Länder (nicht Ö.); "international": Aussage bezieht sich auf einen internationalen/ globalen Handlungsraum, entweder nicht näher spezifiziert oder mit Bezug auf bestimmte Institutionen wie UNO, WTO, etc. Stichprobe: n1 = 87, n2 = 394, n3 = 554

Grafik 6

3.3.1. Exkurs: E-Fuels – ein Musterbeispiel der Verschleppung von Klimaschutz

In der vorliegenden Analyse wurden alle Aussagen mit Bezug auf E-Fuels als „neutral“ codiert, da eine fachliche Einordnung erforderlich ist, um zu erkennen, wo der Umgang mit E-Fuels als Verschleppungstaktik eingesetzt wird. E-Fuels stellen in den meisten Fällen ein typisches Beispiel für ein Techniktrugbild dar, wie KONTEXT in einer früheren Analyse zeigt ([\[KON\]KLUSIO #2](#)). In manchen Bereichen der Industrie und im Schiffs- oder Flugverkehr können sie durchaus Teil der Lösung sein. In der Öffentlichkeit werden sie aber vorrangig als vermeintliche Lösung für den Individualverkehr beworben. Dabei herrscht wissenschaftlicher Konsens, dass E-Fuels in der Herstellung zu teuer, ineffizient und gleichzeitig in zu geringen Mengen verfügbar sein werden, um in der breiten Anwendung sinnvoll zu sein (Ueckerdt et al., 2021). Im Individualverkehr ist der Elektromotor die deutlich effizientere und billigere Antriebstechnologie, die im Gegensatz zu E-Fuels auch schon marktreif ist. Werden E-Fuels also für die breite Anwendung in der Mobilität propagiert, wird erst durch fachliche Einordnung klar, dass es sich um ein Trugbild handelt, durch das Voranbringen sinnvollerer Maßnahmen zur Dekarbonisierung verschleppt wird. Denn: Je länger Technologieklarheit fehlt und sich Unternehmen und Menschen auf Techniktrugbilder wie E-Fuels verlassen, desto länger wird ein Umstieg hinausgezögert.

Die folgenden zwei Zitate zeigen, wie E-Fuels als scheinbare Lösung in den Diskurs gebracht werden und damit Maßnahmen, die, fachlich betrachtet viel sinnvoller wären, verschleppen:

Bundeskanzler Karl Nehammer (ÖVP) erklärte vor dem Treffen der EU-Staats- und Regierungschefs, er setze sich weiter für den „grünen Verbrenner mit E-Fuels“ ein. [...] Nehammer betonte unterdessen, „uns ist wichtig, dass wir den technischen Fortschritt zulassen, dass wir nicht innovationsfeindlich sind“. Er werde sich weiter für den „grünen Verbrenner mit E-Fuels“ einsetzen, und die Staaten unterstützen, die dieses Thema auf die Agenda setzen. (derstandard.at, 23.03.2023)

Buschmann: Die FDP positioniert sich als technologieoffene Klimaschutzpartei. Wir haben uns dafür eingesetzt, den Technologiepfad der E-Fuels offen zu halten, statt hier Verbote zu verhängen. Wir wissen nicht, ob sich diese Technologie durchsetzen wird, aber mit E-Fuels könnte man auch die Bestandsflotte an Verbrennern klimaneutral machen. Wir wollen die innovativen Ingenieure und klugen Vordenker nicht ausbremsen. Am Ende entscheidet der Wettbewerb. (derstandard.at, 12.05.2023)

Innerhalb der E-Fuel Debatte kommen rund die Hälfte der Aussagen in der Stichprobe von Politiker:innen. Auffallend ist, dass sich vor allem der derzeit amtierende österreichische Bundeskanzler relativ oft für E-Fuels ausspricht. Außerdem werden in der E-Fuel Debatte häufig Schlagworte wie „grüne Verbrenner“ oder „klimaneutrale Technologie“ verwendet. Diese Schlagworte erzeugen positive Bilder und wirken auf den ersten Blick konstruktiv und lösungsorientiert. Um Trugbilder aufzudecken und zu verstehen, wie sie im Diskurs wirken, braucht es deshalb Kontextwissen und fachliche Einordnung.



4. Diskussion & Fazit

Mit steigender medialer Aufmerksamkeit für die Klimakrise wird auch der Diskurs zu klimapolitischen Themen in Österreich vielfältiger. Mittlerweile stehen weniger die Existenz der Klimakrise oder klimawissenschaftliche Erkenntnisse im Zentrum der Debatte. Vielmehr wird über konkrete Maßnahmen, Gesetze oder Ziele diskutiert. Das heißt, es geht heute mehr denn je konkret darum, wie die notwendige Transformation gestaltet werden soll. Das Klimadiskurs-Monitoring von FORESIGHT (2024) im Auftrag von KONTEXT zeigt, dass, während manche Akteur:innen mehr Klimaschutz und schnelleres Handeln fordern, konkrete Entscheidungen und Maßnahmen jedoch von anderen verschleppt werden.

Wie spricht Österreich über Klimaschutz?

Die Analyse zeigt: Während kaum jemand die Klimakrise leugnet, zögern verschiedene Verschleppungstaktiken dringende Entscheidungen und Maßnahmen zum Klimaschutz hinaus. Sie sind deutlich schwieriger zu identifizieren und konzeptualisieren als direkte Leugnung. Insgesamt ist der klimapolitische Diskurs zwar durchaus konstruktiv, die Vorteile von Klimaschutz finden jedoch kaum Erwähnung.

Während kaum noch jemand die Klimakrise leugnet (3 % des Verschleppungsdiskurses), bedienen sich verschiedene Akteur:innen eines breiten Spektrums an Argumenten, die Maßnahmen und Entscheidungen im Klimaschutz verschleppen. Besonders oft wird schlicht für weniger Klimaschutz plädiert (32 %). Ebenso werden häufig Scheinlösungen propagiert (28 %), wie Technik-Trugbilder, die noch nicht marktreif oder in der breiten Anwendung besonders ineffizient sind und der notwendigen Transformation nicht gerecht werden. Auch vermeintliche Nachteile von Klimaschutz (26 %), wie etwa wirtschaftliche oder

soziale Kosten, prägen häufig den Verschleppungsdiskurs. Die Konsequenz solcher Verschleppungstaktiken: Die Umsetzung von effektivem Klimaschutz wird verhindert bzw. konkrete Maßnahmen und Entscheidungen verzögert. Es ist aber durchaus schwierig, Verschleppungstaktiken zu identifizieren. Häufig ist inhaltliches Wissen und entsprechende Kontextualisierung notwendig, wie etwa die Debatte rund um den Einsatz von E-Fuels in der vorliegenden Analyse verdeutlicht.

Während der klimapolitische Diskurs insgesamt zwar durchaus konstruktiv ist, wird kaum über die Vorteile von Klimaschutz gesprochen. Lediglich vier Prozent des konstruktiven Diskurses heben hervor, was durch Klimaschutz an Lebensqualität zu gewinnen ist. Im Vordergrund stehen stattdessen Forderungen nach wirksamen Lösungen (57 %), die vor allem die Notwendigkeit von konsequenterem und schnellerem Handeln im Klimaschutz betonen.

Wer verschleppt Klimaschutz?

Die Analyse zeigt: Die klimapolitische Debatte wird allen voran von Politiker:innen dominiert, wobei FPÖ und ÖVP überproportional häufig Verschleppungstaktiken anwenden. Aktivist:innen und zivilgesellschaftliche Organisationen tragen überwiegend konstruktiv zum Diskurs bei.

Die mediale Klimaschutzdebatte wird in Österreich vorrangig von Politiker:innen (34 % des Gesamtdiskurses) bestimmt. Zum einen verdeutlicht das, dass Klimaschutz mittlerweile zu einem zentralen politischen Thema geworden ist, das sich sowohl in Wahl- und Regierungsprogrammen wiederfindet als auch parteipolitische Interessenkonflikte auslöst. Zum anderen bekommen Politiker:innen – insbesondere mit Regierungsbeteiligung – generell intensivere mediale Aufmerksamkeit.

Insgesamt zeigt sich eine klare Rollenverteilung in Österreichs Klimadiskurs: Akteur:innen ohne Entscheidungsmacht nutzen die Öffentlichkeit, um Klimaschutz voranzutreiben. Aktivist:innen und zivilgesellschaftliche Organisationen tragen am häufigsten (26 %) konstruktiv zum Diskurs bei. Politiker:innen bedienen sich hingegen oft unterschiedlicher Taktiken, um Maßnahmen und Entscheidungen zu verschleppen: Weit mehr als die Hälfte (57 %) des Verschleppungsdiskurses kommt von politischen Akteur:innen. Insbesondere die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) und die Österreichische Volkspartei (ÖVP) verschleppen Klimaschutz überproportional häufig. Die einzigen drei Aussagen der Stichprobe, die Klimaschutz leugnen, stammen von Politiker:innen der FPÖ.

Wie werden konkrete Themen und Politikmaßnahmen diskutiert?

Die Analyse zeigt: Thematisch dreht sich der klimapolitische Diskurs in Österreich 2023 vor allem um die Bereiche Energie und Mobilität. Politikmaßnahmen, die am meisten Aufmerksamkeit bekommen haben, sind das Klimaschutzgesetz, der Green Deal und das Erneuerbaren-Wärme-Gesetz. Was jedoch im Zentrum der Debatte steht, wird tendenziell überproportional verschleppt.

Die Themen Mobilität und Energie stehen im Fokus der klimapolitischen Debatte in Österreich. Mehr als die Hälfte aller themenbezogenen Aussagen entfallen auf diese zwei Bereiche. Das ist nicht verwunderlich, da Mobilität und Energie besonders emissionsintensive Bereiche sind, in denen durch die Abkehr von Öl, Kohle und Gas große Veränderungen notwendig sind. Kaum diskutiert wird hingegen das Thema Arbeitsmarkt, obwohl die Transformation Richtung Klimaneutralität zu strukturellen Veränderungen in der Arbeitswelt führend wird. Während etwa neu geschaffene Arbeitsplätze in klimafreundlichen Bereichen den

Arbeitsmarkt erweitern, werden Umschulungen dort notwendig, wo sich Geschäftsmodelle ändern. Das Klimaschutzgesetz, der Green Deal und das Erneuerbaren-Wärme-Gesetz führen die Top 10 der am häufigsten diskutierten Politikmaßnahmen an. Auffällig ist, dass jene Themen und Politikmaßnahmen, die am meisten diskutiert werden, auch die Tendenz zeigen, überproportional häufig verschleppt zu werden. Das legt nahe, dass gerade in jenen Bereichen, in denen der Druck für Veränderung zunimmt und klimafreundliche Entwicklungen angestoßen werden, der gegenwärtige Zustand umso vehementer verteidigt wird.

Auch in Bezug auf unterschiedliche geografische Ebenen zeigen sich klare Trends im Diskurs. Allen voran Klimaschutzmaßnahmen mit Bezug zur EU-Ebene werden überproportional häufig verschleppt. Dieses Ergebnis ist besonders im Hinblick darauf spannend, dass auf EU-Ebene in den vergangenen Jahren mit dem Green Deal besonders viele verbindliche Klimaschutzmaßnahmen beschlossen wurden, die auch für Österreich relevant sind.

Welche Auswirkungen Verschleppungstaktiken haben

Die letzten Jahre haben gezeigt, dass sich der Klimadiskurs wandelt. Die Klimakrise bekommt zunehmend Aufmerksamkeit. Die politische Debatte, die sich dazu entfaltet, betrifft die Interessen und Machtbereiche verschiedener Akteur:innengruppen. Dadurch kommt es vielfach zur Polarisierung und dem Versuch notwendige Maßnahmen und Entscheidungen zu verzögern. Die vorliegende Analyse veranschaulicht, dass Verschleppungstaktiken auch im österreichischen klimapolitischen Diskurs verankert sind.

Das kann reale Konsequenzen haben. Trotz ambitionierter Gesetzesentwürfe können monatelange Debatten in den Medien die öffentliche Meinung beeinflussen und dazu führen, dass Gesetze abgeschwächt, verschoben oder sogar verworfen werden. Scheinlösungen und Fehlinformationen dringen in den öffentlichen Diskurs ein und werden oft unhinterfragt übernommen. Das beeinflusst auch politische Entscheidungen: Das Erneuerbaren-Wärme-Gesetz wurde abgeschwächt und erlaubt langfristig weiterhin Gasheizungen in Bestandsgebäuden. Ein Enddatum für Verbrennermotoren auf EU-Ebene wurde zwar für 2035 festgelegt, aber nur mit einer Ausnahme für mit E-Fuels betriebene Fahrzeuge, für die zuvor von verschiedenen Interessensvertretungen und politischen Parteien Stimmung gemacht wurde. Und ein nationales Klimaschutzgesetz wurden bis heute nicht beschlossen.

Zwar gestaltet sich der klimapolitische Diskurs in Österreich vordergründig durchaus konstruktiv, indem dringend notwendige Handlungen eingefordert werden. Die in der Debatte ebenso verankerten Verschleppungstaktiken bergen jedoch die Gefahr, zeitgerechte Maßnahmensetzung zu verhindern. Zwar nützen zivilgesellschaftliche Akteur:innen die mediale Öffentlichkeit, um konstruktiv zum Diskurs beizutragen und Veränderungen anzustoßen. Gerade jene Akteur:innen, die Maßnahmen und Entscheidungen verschleppen, sind jedoch nicht zwingend auf den medialen Diskurs angewiesen: Ihre politische Handlungsmacht liefert ihnen einen klaren Vorteil, um effiziente Klimapolitik entlang ihrer Interessen abzuschwächen. Umso wesentlicher ist es, Verschleppung von Entscheidungen und Maßnahmen im Klimaschutz entlang der wissenschaftlichen Faktenlage entgegenzutreten.

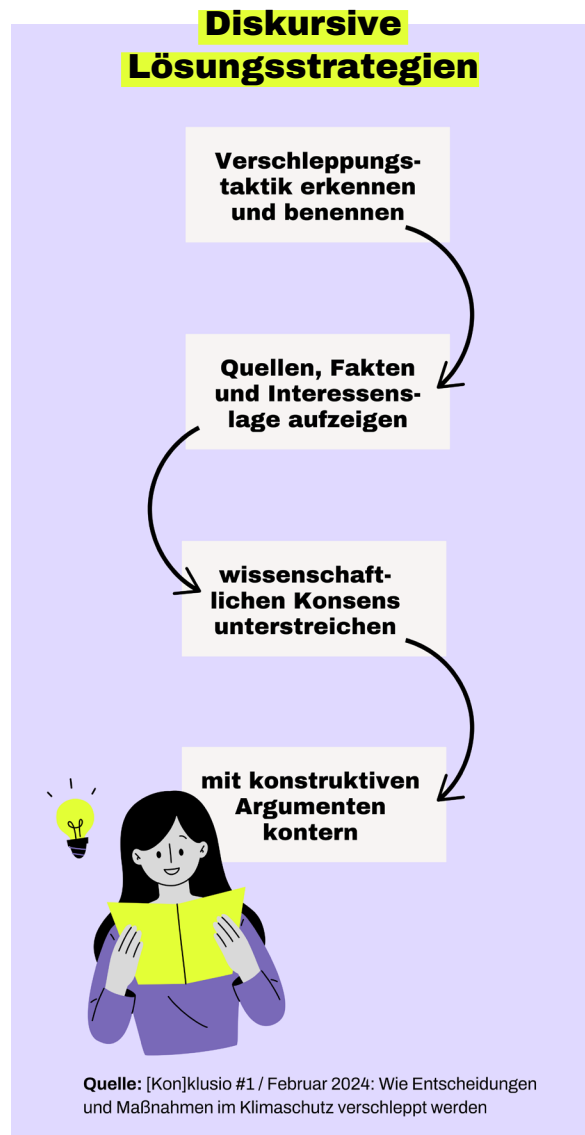


5. Lösungsstrategien

Wie der klimapolitische Diskurs geführt wird, hat maßgebliche Auswirkungen auf Meinungen, (politische) Entscheidungen und Normen, nach denen wir uns verhalten. Die Verschleppung von Klimaschutz durch verschiedene diskursive Strategien legt also den Grundstein für viele Folgehandlungen in der Praxis. Um Klimaschutz voranzubringen, effiziente Maßnahmen zu diskutieren und diese schlussendlich auch umzusetzen, ist es notwendig, Verschleppungstaktiken klar zu identifizieren und den Diskurs in eine konstruktive Richtung zu lenken. Das kann unter anderem erreicht werden durch:

1. Erkennen, Enttarnen, Gegensteuern

In einer früheren Analyse (siehe [KON]KLUSIO 1) zeigt KONTEXT Strategien auf, um mit Verschleppungstaktiken umzugehen. Als erster wichtiger Punkt gilt hier: Wird Klimaschutz verschleppt bzw. ein Verschleppungs-Argument erkannt, sollte es auch als solches benannt werden. Destruktivem Verhalten einen Namen zu geben, hilft, das Problem fachlich einzuordnen und ernst zu nehmen. Außerdem sollte die Quelle der Aussage inhaltlich in Kontext gesetzt werden: Beruht die Aussage auf wissenschaftlicher oder fachlicher Expertise? Und: Gibt es Partikularinteressen, die Akteur:innen damit verfolgen? Solche Interessenslagen entscheiden oft, wie über Klimaschutz gesprochen wird. Verschleppende Argumente enthalten auch häufig Falschinformationen. Um dem entgegenzuwirken ist es ratsam und effektiv, den wissenschaftlichen und fachlichen Konsens zu unterstreichen (Cook et al., 2017; Maertens et al., 2020; Van Der Linden et al., 2017). Wichtig ist auch, berechtigte Sorgen und Ängsten rund um klimapolitische Veränderungen bereits in der Maßnahmensetzung zu berücksichtigen, und zwar schon bevor sie der Verschleppungsdiskurs aufgreift.



Grafik 7

2. Von Vorteilen sprechen

In der Debatte über Klimaschutz wird durchaus konstruktiv diskutiert. Dennoch wird dabei nur im Ausnahmefall ein positives Zukunftsbild gezeichnet. Selbst wenn für mehr Klimaschutz argumentiert wird, stehen vor allem die Nachteile des Nicht-Handelns im Fokus, wie etwa Strafzahlungen für verfehlte Klimaziele. Kaum ein konstruktives Argument in der vorliegenden Analyse hebt die Vorteile einer Welt hervor, in der Klimaschutz in einer Form politisch umgesetzt wird, die das Leben der Menschen besser, gesünder und letztlich lebenswerter macht. Anstatt die Aufmerksamkeit auf negative Aspekte von Klimaschutz zu lenken und Zweifel an der Machbarkeit zu schüren, kann

durch die Betonung von Möglichkeiten und Chancen gezeigt werden, dass es nicht nur notwendig, sondern wünschenswert und möglich ist, die Klimakrise einzudämmen. Studien zeigen: Vorteile von Klimaschutz zu betonen, kann die Unterstützung für politische Maßnahmen stärken, und die Frustration verringern. Riede et al. (2016) konnten in einer Fallstudie zeigen, dass eine positive und vor allem lösungsorientierte Darstellung von Klimaschutz mehr Akzeptanz für Maßnahmen schaffen kann (Vgl. Spence & Pidgeon, 2010). Dasandi et al. (2022) zeigen in einem internationalen Experiment ebenfalls, dass Klimaschutz als Chance darzustellen, in verschiedenen Ländern die öffentliche Unterstützung und Zuversicht dafür fördert. Die Vorteile von Klimaschutz zu betonen und immer wieder zu wiederholen kann also langfristig eine positive gesellschaftliche Resonanz und Zustimmung für Gesetzesvorhaben bringen.

3. Handlungsspielräume nutzen und Verantwortung übernehmen

Die vorliegende Analyse verdeutlicht, dass es in der Klimadebatte viele verschiedene Akteur:innen gibt, die sich mit unterschiedlichen Strategien in den Diskurs einbringen. Allen kommt dabei eine Verantwortung zu, konstruktiv auf Lösungen hinzuwirken. Aber nicht nur das Hervorheben von Vorteilen und den positiven Seiten des Handelns wirkt der Verschleppung von Maßnahmen und Entscheidungen aktiv entgegen. Die Analyse zeigt, wie Handlungsspielräume positiv genutzt werden können:

- **Wirksame Lösungen vorantreiben**, statt Scheinlösungen propagieren: Anstatt beispielsweise Technikrugbilder in der Diskussion zu stärken, sollten Akteur:innen aktiv solche Lösungen einbringen, denen der wissenschaftliche und fachliche Konsens eine eindeutige Wirksamkeit zuspricht. Tatsächlich stehen beispielsweise heute fast alle Technologien zur Verfügung, die einen Großteil der Erreichung der Klimaneutralität ermöglichen (*siehe [KON]KLUSIO 2*).

Diese hervorzuheben, kann helfen, Scheinlösungen aus dem Diskurs zu drängen. Immer wieder innerhalb verschiedener Rahmen und Zielgruppen für konkrete und wirksame Maßnahmen im Klimaschutz einzutreten, kann jenen Akteur:innen entgegenwirken, die ständig weniger davon fordern. Gleichzeitig können Medien aufklären, wo sich Scheinlösungen verfangen haben.

- **Verantwortung übernehmen**, statt am Verantwortungskarussell drehen: Alle Akteur:innen müssen im jeweiligen Handlungsspielraum Verantwortung übernehmen, anstatt sie an andere abzuwälzen. Für Politiker:innen, die die klimapolitische Debatte dominieren, bedeutet das beispielsweise, die eigene Entscheidungsmacht anzuerkennen und diese auch konstruktiv zu nutzen, ohne auf andere Entscheidungsebenen zu verweisen. Aber auch Medien haben in dem Zusammenhang die Möglichkeit, konkret Verantwortlichkeiten zu benennen und die Berichterstattung konstruktiv auszurichten. Denn die Art und Weise, wie die Klimakrise medial diskutiert wird, beeinflusst persönliche Einstellungen, Vorstellungsräume und realpolitische Handlungen (Theine & Regen, 2023).

Für Politik, Medien, Institutionen, Unternehmen und Bürger:innen gilt also: Um Maßnahmen für die notwendige Transformation konstruktiv zu begegnen, hilft es, die Vorteile zu unterstreichen, auf wirksame Lösungen zu fokussieren und sowohl die Verantwortung im eigenen Wirkungsbereich zu übernehmen als auch an den richtigen Stellen einzufordern. Da sich die Debatte vor allem um politische Handlungsräume dreht, gilt es gerade dort genau hinzusehen und von dieser Ebene vermehrt konstruktive Beiträge zu verlangen. Das beugt nicht nur der Verschleppung klimapolitischer Maßnahmen vor. Ein konstruktiver klimapolitischer Diskurs vergrößert unseren Handlungsspielraum, stärkt Unterstützung und Resonanz und ermöglicht somit, dass aus der Debatte zeitgerechte klimapolitische Maßnahmen und wirksame Handlungen hervorgehen.

6. Literaturverzeichnis

- Bohr, J. (2020). "Reporting on climate change: A computational analysis of U.S. newspapers and sources of bias, 1997–2017". *Global Environmental Change*, 61, 102038. <https://doi.org/10.1016/j.gloenvcha.2020.102038>
- Center for Countering Digital Hate. (2024). *The new climate denial: How social media platforms and content producers profit by spreading new forms of climate denial.*
- Cook, J., Ellerton, P., & Kinkead, D. (2018). Deconstructing climate misinformation to identify reasoning errors. *Environmental Research Letters*, 13(2), 024018. <https://doi.org/10.1088/1748-9326/aaa49f>
- Cook, J., Lewandowsky, S., & Ecker, U. K. H. (2017). Neutralizing misinformation through inoculation: Exposing misleading argumentation techniques reduces their influence. *PLOS ONE*, 12(5), e0175799. <https://doi.org/10.1371/journal.pone.0175799>
- Dasandi, N., Graham, H., Hudson, D., Jankin, S., vanHeerde-Hudson, J., & Watts, N. (2022). Positive, global, and health or environment framing bolsters public support for climate policies. *Communications Earth & Environment*, 3(1), 239. <https://doi.org/10.1038/s43247-022-00571-x>
- FORESIGHT. (2024). *Klimadiskurs-Monitoring 2023.* Wien.
- Frühwald, J. (2023). *The Coverage of the Climate Crisis in Public Broadcasting (ORF) in Austria.* (Masterarbeit). Wirtschaftsuniversität Wien, Wien.
- Koopmans, R., & Statham, P. (1999). Political Claims Analysis: Integrating Protest Event and Political Discourse Approaches. *Mobilization: An International Quarterly*, 4(2), 203–221. <https://doi.org/10.17813/maiq.4.2.d759337060716756>
- KONTEXT. (2024). *Umfrage zur Klimadebatte in Österreich.* Wien. <https://kontext-institut.at/inhalte/umfrag-klimadebatte/>
- Lamb, W. F., Mattioli, G., Levi, S., Roberts, J. T., Capstick, S., Creutzig, F., Minx, J. C., Müller-Hansen, F., Culhane, T., & Steinberger, J. K. (2020). Discourses of climate delay. *Global Sustainability*, 3, e17. <https://doi.org/10.1017/sus.2020.13>
- Maertens, R., Anseel, F., & Van Der Linden, S. (2020). Combatting climate change misinformation: Evidence for longevity of inoculation and consensus messaging effects. *Journal of Environmental Psychology*, 70, 101455. <https://doi.org/10.1016/j.jenvp.2020.101455>
- Painter, J., & Ashe, T. (2012). Cross-national comparison of the presence of climate scepticism in the print media in six countries, 2007–10. *Environmental Research Letters*, 7(4), 044005. <https://doi.org/10.1088/1748-9326/7/4/044005>

- Painter, J., Ettinger, J., Holmes, D., Loy, L., Pinto, J., Richardson, L., Thomas-Walters, L., Vowles, K., & Wetts, R. (2023). Climate delay discourses present in global mainstream television coverage of the IPCC's 2021 report. *Communications Earth & Environment*, 4(1), 118. <https://doi.org/10.1038/s43247-023-00760-2>
- Pringle, A., & Robbins, D. (2022). From denial to delay: Climate change discourses in Ireland. *Administration*, 70(3), 59–84. <https://doi.org/10.2478/admin-2022-0019>
- Ranney, M. A., & Clark, D. (2016). Climate Change Conceptual Change: Scientific Information Can Transform Attitudes. *Topics in Cognitive Science*, 8(1), 49–75. <https://doi.org/10.1111/tops.12187>
- Riede, M., Keller, L., & Greissing, A. (2016). The importance of positive messages and solution-oriented framing of climate change: A case-study in the context of secondary school education. <https://doi.org/10.15203/3122-51-2-06>
- Spence, A., & Pidgeon, N. (2010). Framing and communicating climate change: The effects of distance and outcome frame manipulations. *Global Environmental Change*, 20(4), 656–667. <https://doi.org/10.1016/j.gloenvcha.2010.07.002>
- Stecula, D. A., & Merkley, E. (2019). Framing Climate Change: Economics, Ideology, and Uncertainty in American News Media Content From 1988 to 2014. *Frontiers in Communication*, 4, 6. <https://doi.org/10.3389/fcomm.2019.00006>
- Taddicken, M., & Wolff, L. (2023). Climate Change-related Counter-attitudinal Fake News Exposure and its Effects on Search and Selection Behavior. *Environmental Communication*, 17(7), 720–739. <https://doi.org/10.1080/17524032.2023.2239516>
- Theine, H., & Regen, L. (2023). Mediendiskurse und—Strukturen. In: APCC Special Report: Strukturen für ein klimafreundliches Leben (APCC SR Klimafreundliches Leben) [Görg, C., V. Madner, A. Muhar, A. Novy, A. Posch, K. Steininger und E. Aigner (Hrsg.)]. Springer Spektrum. <https://ssrn.com/abstract=4225480>
- Ueckerdt, F., Bauer, C., Dirnaichner, A., Everall, J., Sacchi, R., & Luderer, G. (2021). Potential and risks of hydrogen-based e-fuels in climate change mitigation. *Nature Climate Change*, 11(5), 384–393. <https://doi.org/10.1038/s41558-021-01032-7>
- Van Der Linden, S., Leiserowitz, A., Rosenthal, S., & Maibach, E. (2017). Inoculating the Public against Misinformation about Climate Change. *Global Challenges*, 1(2), 1600008. <https://doi.org/10.1002/gch2.201600008>

7. Anhang

7.1. Suchbegriffe

Die für die Studie relevanten Medienbeiträge wurden mithilfe der folgenden Suchbegriffe von der AOM Datenbank (www.aom.apa.at) der Austria Presse Agentur heruntergeladen:

(klima* or dekarb* or treibhaus* or erneuerbar* or fossil* or energietransform* or energiewend* or energiezukunf* or mobilitätswend* or verkehrswend* or co2* or "Zwei-Grad-Ziel" or energieeffizienz* or Reduktionspfad) and (sagt* or sagen or „man muss“ or „wir müssen“ or „wir fordern“ or „fordern wir“ or betont* or fordert* or begründet* or kritisier* or „sprechen sich“ or „sprachen sich“ or „spricht sich“ or zustimm* or ablehn* or verlautbar* or beteuer*)

* dient als Platzhalter für beliebige Wortteile

Das bedeutet, „klima*“ sucht nach jeglichen Worten, die mit „klima“ beginnen: Klimakrise, Klimawandel, etc.

7.2. Codierregeln

(1) Code **Medium**: Für jeden Artikel, in dem mindestens ein Claim codiert wird, wird die Quelle (das Medium, in dem das Clipping erschienen ist) codiert.

(2) Code **Thema**: Codiert wird der Themenbezug des Claims, nicht des gesamten Artikels. Ein Claim kann dabei ein oder mehrere thematische Bezüge haben. Claims, die sich auf die Eingrenzung des Klimawandels allgemein beziehen (ohne nähere thematische Spezifizierung), wird kein Thema zugeordnet. Alle codierten Themengebiete sind in Grafik 4 abgebildet.

(3) Code **Claims-Maker**: Jeder Claim wird einem oder mehreren Claims-Makern zugeordnet. Bei Claims-Makern, die im Clipping explizit einer österreichischen politischen Partei zugeordnet werden, wird diese Zugehörigkeit codiert. Bei Regierungsmitgliedern (Bund, Länder) sowie dem Führungspersonal von Oppositionsparteien wird die Partei-Zugehörigkeit auch codiert, wenn sie im Clipping nicht genannt wird. Die Claims-Maker werden in der Analyse „Akteur:innen“ genannt. Folgende Akteur:innen wurden identifiziert, die unter den Übergruppen zusammengefasst wurden:

<i>Akteur:in</i>	<i>Anzahl der Claims</i>
Politik: National	207
..Vertreter:in öst. pol. Partei (nicht Amtsräger:in)	80
..Bundesregierung	64
..Landesregierung	55
..Ministerium / Bundesamt	6
..Bundespräsident	2
Politik: EU	25
Politik: Ausland	22
Aktivist:innen & Zivilgesellschaft	154
..Aktivist:innen	71
..Zivilgesellschaftliche Organisation (Think Tank, NGO usw.)	69
..Forum Alpbach	3
..Alpenverein	3
..Ski Austria	1
..VCÖ	7
Expert:innen & Wissenschaft	127
..Wissenschaftler:innen über eigene Forschungsprojekte	26
..Wissenschaftler:innen (an wiss. Institutionen)	79
..Sonstige Expert:innen	22
Wirtschaft	39
Energiebranche	40
..Austrian Energy Agency	9
..APG	3
..E-Control	2
..Energieversorger	9
..Erneuerbare	13
..Netzbetreiber	1
Internationale Organisation	21
..Weltorganisation für Meteorologie (WMO)	1
..Copernicus - Klimawandeldienst der EU	1
..Internationale Energie Agentur	3
..al-Jaber	1
..IEA	2
..IPCC	6
..UNO	6
Interessensvertretung	20
..Arbeiterkammer	2
..Gewerkschaft	0
..Industriellenvereinigung	4
..Landwirtschaftskammer	4
..Wirtschaftskammer	10
Rest	80
..Andere / Sonstige	48
..Kommentar (nicht Gastkommentar)	15
..Gemeinde / Städte	7
..Landesumweltanwaltschaft	4
..Ex-Politiker:in	6
Gesamt	735

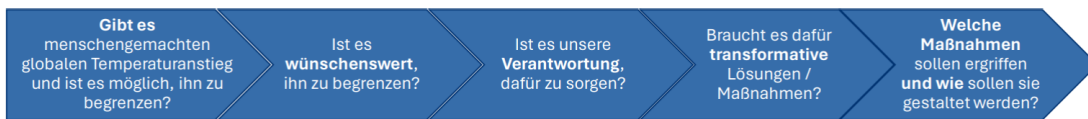
(4) Code **Policy-Bezug**: Codiert werden eine oder mehrere konkrete Policies, auf die der Claim explizit Bezug nimmt. Unter Policies verstehen wir den Output des politischen Systems wie Gesetzesvorhaben, Bewilligungen, Förderprogramme, öffentliche Investitionen usw. Codiert werden nur Policies, die im politischen System bereits diskutiert werden und sich auf einer Ebene befinden, auf der Österreich mitbestimmen kann (also z.B. auf Ebene der UNO und EU, aber nicht Policies ausländischer Regierungen). Die Policies werden in der Analyse „Politikmaßnahmen“ genannt. Folgende 38 Politikmaßnahmen wurden dabei gefunden:

#	Politikmaßnahme	Anzahl der Claims
1	Klimaschutzgesetz	24
2	Green Deal	22
3	Erneuerbare-Wärme-Gesetz	19
4	CO ₂ -Bepreisung	13
5	Global Methane Pledge	12
6	Carbon Management Strategie	11
7	Fossile Projekte in Österreich	9
8	EU-Renaturierungsgesetz	9
9	Tempo 100 auf Autobahnen	9
10	Energieeffizienzgesetz	5
11	Klimaticket	5
12	Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz	4
13	Lieferkettengesetz	4
14	Mobilitätsmasterplan 2030	4
15	Straßenbauprojekte (Öst)	4
16	Reduktion Bodenversiegelung	3
17	Erweiterung Schigebiete	3
18	EU (Steuer auf Treibhausgase, Klimazoll)	3
19	LKW-Maut 2023	3
20	Pendlerpauschale	3
21	UVP-Gesetzesnovelle	3
22	Abschaffung klimaschädlicher Subventionen und Förderungen	2
23	Ökosoziale Steuerreform	2
24	Parkraummanagement Graz	2
25	UN-Klimafonds	2
26	Waldfonds	2
27	Baulandabgabe	1
28	Emissionshandel	1
29	Energie- und Klimapläne des Klimaschutzministeriums (NEKP)	1
30	Globales Plastikabkommen	1
31	Mercosur Abkommen	1
32	Netzinfrastukturplan	1
33	Pfandsystem	1
34	Privat-Jet Verbot	1
35	Reform der Bauordnung (Wien)	1
36	Steuern: Begünstigung ökologischer Alternativen	1
37	Umweltverträglichkeitsprüfung	1
38	Klimabonus	0
Gesamt		193

(5) Code **Ebene**: Sofern sich ein Claim auf eine Policy bezieht, wird diese Ebene mit den Ausprägungen „Österreich kommunal“, „Österreich Bundesland“, „Österreich national“, „Ausland“, „EU“ oder „international/global“ codiert. Mehrfache Codierung möglich. In der Analyse wird Ebene mit „geografische Ebene“ übersetzt.

(6) Diskursive **Strategie**: Jeder Claim wird genau einer diskursiven Strategie zugeordnet anhand folgender Zuordnungs-Hierarchie:

Codierung anhand von fünf Leitfragen



Pro-Claims:

keine expliziten Claims (wird als gegeben vorausgesetzt)

Vorteile betonen / Nachteile des Nicht-Handelns betonen

Verantwortung annehmen

für eine schnelle und vollständige Transformation in Richtung Klimaneutralität

schneller / mehr tun

Kontra-Claims:

selten (4 Claims)

Nachteile betonen

Verantwortung abweisen

gegen eine schnelle und vollständige Transformation in Richtung Klimaneutralität

langsamer / weniger tun

Anm.: Jeder Claim wurde genau einer der dargestellten diskursiven Strategien zugeordnet (keine Mehrfachcodierung). Detaillierte Codierregeln s. Anhang.

Literatur: Lamb, William F. et al. (2020): Discourses of climate delay. In: Global Sustainability 3. DOI: 10.1017/sus.2020.13 .
 Pringle, Anna / David Robbins (2022): From denial to delay: Climate change discourses in Ireland. Administration 70 / 3 (August 2022).

Autor:innen

Johanna Frühwald
Florian Maringer
Anna Pixler
Katharina Rogenhofer
Winnie Wendelin

Zitierhinweis:

Frühwald, J., Maringer, F., Pixler, A.,
Rogenhofer, K., Wendelin, W. (2024).
[KON]TEXTANALYSE #1:
Klimadebatte in Österreich: Zwischen Apellen
und Verschleppung: Klimadiskurs-Monitoring
2023. In: KONTEXT – Institut für Klimafragen.

Kontaktinformationen:



Liechtensteinstraße 55/8
1090 Wien

Homepage: <https://kontext-institut.at>

Email: info@kontext-institut.at